



Landesverband der  
Baden-Württembergischen  
Industrie e. V.

# *STANDPUNKTE*

# 02

2017



**INHALT**

- **WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTEMBERGISCHEN INDUSTRIE:  
STRAHLENDER KONJUNKTURHIMMEL**
  
- **BUNDESTAGSWAHL 2017:  
KERNBOTSCHAFTEN DER BADEN-WÜRTEMBERGISCHEN INDUSTRIE**

Stuttgart, im Juli 2017

## **WIRTSCHAFTSLAGE DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE: STRAHLENDER KONJUNKTURHIMMEL**

*Der Start ins Jahr ist geglückt. Die baden-württembergische Industrie ist auf einem positiven Kurs für ein erfolgreiches Gesamtjahr. Die Vorzeichen für das erste Halbjahr scheinen sich, nach den aktuellen Entwicklungen, zu bestätigen. Die allgemeine Verunsicherung durch Brexit, Trump und Co. zeichnet sich nach wie vor nicht in den Kennzahlen ab. Entsprechend ist die Stimmung in der baden-württembergischen Industrie weiterhin hervorragend. Das Auslandsgeschäft entwickelt sich positiv und trägt seinen Teil zur guten Stimmung bei. Die Segel sind weiterhin richtig gesetzt, um deutlich positive Jahresziele zu erreichen. Dennoch besteht kein Grund zum Übermut; der bisherige Erfolg basiert auf einem schwachen Euro, moderaten Ölpreisen und einer expansiven Geldpolitik der EZB. Faktoren, auf die wir nur bedingt Einfluss haben.*

### **Industrie auf gutem Kurs**

Die baden-württembergische Wirtschaftsleistung lag im vergangenen Jahr abermals deutlich über dem bundesdeutschen Wachstum. Nach momentaner Lage könnte dies auch 2017 wieder gelingen. Gute Stimmung in den Unternehmen und ein positiver Trend bei den Auslandsbestellungen signalisieren weiterhin eine ordentliche wirtschaftliche Dynamik.

Die Auslandsnachfrage in der Industrie entwickelte sich im Auftaktquartal positiv. Auf diese Weise stabilisierte sich die Umsatzentwicklung der Exportwirtschaft auf hohem Niveau. Während Vorleistungsgüter und Produkte aus dem Bereich Maschinenbau besonders gefragt waren, ging die Nachfrage im Fahrzeugbau zurück.

Einen Dämpfer bekam die Industrie bei der Inlandsnachfrage. Gegenüber dem Vorquartal schrumpften die Umsätze um 2,2 Prozent. Stark betroffen auch hier der Fahrzeugbau (- 5,7 Prozent). Leichte Steigerungen sind beim Maschinenbau zu verzeichnen, stabilisierend wirken wie schon seit einigen Quartalen die Bauwirtschaft sowie die Dienstleister.

## **Nachfrageentwicklung solide**

Industrieprodukte aus Baden-Württemberg sind weiter stark gefragt. Nach Feststellung des Statistischen Landesamtes erhielt die Südwestindustrie im April im Vergleich zum Vorjahresmonat das neunte Mal in Folge mehr Aufträge (1,6 Prozent). Größere Impulse kamen dabei aus dem Inland (1,5 Prozent), das Auslandsgeschäft entwickelte sich verhaltener (0,7 Prozent). Diese Entwicklung ist maßgeblich auf Kunden aus dem Euro-Raum zurückzuführen (7,6 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat März gingen die Auftragseingänge den zweiten Monat in Folge zurück (-1,0 Prozent). Insgesamt verbuchte die Südwestindustrie im Zeitraum Januar bis April 2017 jedoch ein Auftragsplus von 2,0 Prozent zum Vorjahr. Wachstumstreiber war hier ausschließlich das Auslandsgeschäft (3,0 Prozent), das hauptsächlich von der Nachfragebelebung aus der Eurozone profitierte (6,7 Prozent).

## **Umsatzentwicklung leicht rückläufig**

Der Umsatz der Südwestindustrie sank im April im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,2 Prozent. Der Rückgang fiel bei den Inlandskunden (-1,6 Prozent) und im Auslandsgeschäft (-1,4 Prozent) nahezu gleich deutlich aus. Geringe positive Impulse bekam das Auslandsgeschäft von den Kunden aus der Eurozone (+1,4 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat März verringerte sich der Umsatz um 1,1 Prozent. Insgesamt verzeichnete die Südwestindustrie im Zeitraum Januar bis April 2017 ein leichtes Umsatzminus gegenüber dem Vorjahreszeitraum (-0,2 Prozent). Eine positive Umsatzentwicklung gab es lediglich im Auslandsgeschäft (1,0 Prozent), was sich wiederum aus der Eurozone ergab (2,5 Prozent).

## **Stabile Inflation und Beschäftigung, Stimmung gut**

Die Inflationsrate in Baden-Württemberg lag im April 2017 verglichen zum Vorjahresmonat bei 1,5 Prozent. Kraftstoffe und Heizöl hatten dabei einen geringeren Einfluss auf die gesamte Teuerung als noch im Vormonat, bleiben aber weiterhin wesentliche Triebfedern der Inflationsrate.

Im Juni ist die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg leicht gefallen. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen lag die Quote im Juni bei 3,4 Prozent. Die Arbeitslosenzahl sank im Vergleich zum Vormonat um 1.552 (minus 0,7 Prozent) auf 207.734 Personen. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg gesunken (minus 12.294). Vor einem Jahr lag die Quote bei 3,7 Prozent.

Das Geschäftsklima in Baden-Württembergs setzte seine positive Entwicklung fort. Die Firmen zeigen sich überaus zufrieden mit ihrer momentanen Geschäftssituation. Gleichzeitig blicken Sie anhaltend zuversichtlich auf die kommenden Monate und auch auf den ausländischen Märkten konnte erneut mehr Wachstumspotential ausgemacht werden.

### **Stabile Wachstumswerte im Bund**

Die deutsche Wirtschaft bleibt weiterhin auf Wachstumskurs. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im ersten Quartal 2017 um 0,6 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2016. In der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres war das BIP mit 0,2 Prozent im dritten und 0,4 Prozent im vierten Quartal 2016 moderater gewachsen.

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Besonders die Investitionen stiegen zum Jahresbeginn merklich an: In Ausrüstungen wurde 1,2 Prozent mehr investiert als im vierten Quartal 2016. Die Bauinvestitionen vergrößerten sich um deutliche 2,3 Prozent. Zusätzlich stiegen private wie auch staatliche Konsumausgaben.

Auch die Auslandsnachfrage entwickelte sich günstig. Insgesamt wurden 1,3 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als im letzten Quartal 2016. Auch die Importe erhöhten sich im selben Zeitraum, entwickelten sich im Vergleich zu den Exporten jedoch schwächer (0,4 Prozent).

Im Vorjahresvergleich hat sich das Wirtschaftswachstum ebenfalls erhöht: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2017 um 2,9 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2016. Korrigiert um den außergewöhnlich starken Kalendereinfluss (aufgrund der Lage der Feiertage) ergibt sich ein Anstieg um 1,7 Prozent.

### **Auftragseingang entwickelt sich positiv**

Die Auftragseingänge in der Industrie waren im April um 2 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Die wesentlichen Impulse kamen dabei aus dem Ausland (3,9 Prozent). Diese teilten sich wiederum in eine geschwächte Nachfrage in der Eurozone (-1,2 Prozent) und ein sehr starkes übriges Ausland (7,3 Prozent) auf. Gegenüber dem Vormonat sanken die Auftragseingänge um 2,1 Prozent. Verteilt auf - 0,2 Prozent im Inland und - 3,4 Prozent im Ausland. Dabei verringerten sich die Auftragseingänge aus der Eurozone um 1,4 Prozent, die Auftragseingänge aus dem restlichen Ausland um 4,8 Prozent.

### **Umsatzentwicklung schwach**

Der Umsatz in der deutschen Industrie entwickelte sich im April mit 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat schwach. Während den Inlandskunden 0,7 Prozent Wachstum zuzurechnen sind, steuerten die ausländischen Kunden lediglich 0,5 Prozent bei. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass sich dabei Eurozone (-2,6 Prozent) und Kunden aus dem übrigen Ausland (2,6 Prozent) aufzuheben scheinen. Gegenüber dem Vormonat lag der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe im April 2017 um 1,3 Prozent höher.

### **Inflation und Arbeitsmarkt stabil, Stimmung sehr gut**

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im Mai 2017 um 1,5 Prozent höher als im Mai 2016. Damit schwächte sich die Inflationsrate nach dem Anstieg im Vormonat wieder ab. Im Vergleich zum April 2017 sank der Verbraucherpreisindex im Mai 2017 um 0,2 Prozentpunkte.

Bundesweit sank die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat um 1,0 Prozent und zum Vorjahresmonat um 5,4 Prozent auf 2,5 Mio.. Die Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit ging im Vergleich zum Vormonat um 1,0 Prozent und sinkt zum Vorjahresmonat um 0,7 Prozent zurück. Sie liegt bei 3,5 Mio.. Die Arbeitslosenquote beträgt 5,5 Prozent, die Unterbeschäftigungsquote 7,7 Prozent.

In den deutschen Chefetagen herrscht gute Laune. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Mai von 113,0 auf 114,6 Punkte. Dies ist der höchste gemessene Wert seit 1991. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Erwartungen wurden von den

Unternehmen merklich nach oben korrigiert. Die deutsche Konjunktur zeigt eine hohe Schlagzahl.

### **Brancheneinschätzungen positiv**

Wie der **Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)** berichtet, haben die Auftragseingänge im baden-württembergischen Maschinenbau um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zugelegt. Die Order aus dem Ausland gaben dem Auftragsvolumen dabei besonderen Schub: Hier schlägt ein Zuwachs von stattlichen 28 Prozent zu Buche (Euro-Partnerländer: + 25 Prozent, Nicht-Euro-Raum: + 29 Prozent). Doch auch das Inland ist mit 14 Prozent Zuwachs gegenüber Vorjahresmonat erstmals in diesem Jahr im zweistelligen Bereich. Seit April liegen nun auch die aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes zu Umsatz und Beschäftigung im baden-württembergischen Maschinenbau im Gesamtjahr 2016 vor (Ergebnis für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten). Demnach haben die Unternehmen einen Umsatz von knapp 76,3 Mrd. Euro realisieren können – und damit einen Zuwachs von 3,2 Prozent gegenüber 2015 erzielt. Die Mitarbeiterzahl liegt (zum Stichtag 30.9.) bei 308.426. Dies entspricht einer Steigerung von über 2.000 Beschäftigten gegenüber dem Stichtag 2015.

Nach Angaben des **Verbands der Automobilindustrie e.V. (VDA)** stiegen die Pkw-Neuzulassungen in Deutschland im Mai um 13 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Mai zwei Arbeitstage mehr aufwies als der Vorjahresmonat. Im bisherigen Jahresverlauf wurden in Deutschland knapp 1,5 Mio. Pkw neu zugelassen (+5 Prozent). Der Absatz von Diesel-Pkw lag im Mai leicht unter Vorjahr (-1 Prozent); der Dieselanteil an allen Pkw-Neuzulassungen umfasste 40,4 Prozent (Mai 2016: 46,3 Prozent). In den ersten fünf Monaten 2017 betrug der Diesel-Marktanteil 41,9 Prozent (Jan-Mai 2016: 47,1 Prozent). Die Inlandsproduktion legte im Mai um 8 Prozent zu. Der Auftragseingang aus dem Inland stieg um 10 Prozent; aus dem Ausland erhöhte er sich um 3 Prozent. Ebenfalls positiv entwickelten sich im Mai die Pkw-Exporte mit einem Zuwachs von 7 Prozent. Seit Jahresbeginn haben die deutschen Pkw-Hersteller rund 1,9 Mio. Pkw an internationale Kunden ausgeliefert, das entspricht Vorjahresniveau.

Die internationalen Automobilmärkte boten im Mai ein differenziertes Bild: Während der Pkw-Absatz in Europa weiter anstieg, erreichten die USA nahezu Vorjahresniveau. In China gab es ein leichtes Minus. Hingegen konnten Russland und Brasilien zweistellig zulegen. Seit Januar 2017 wurden auf dem europäischen Markt mehr als 6,9 Mio. Pkw neu zugelassen. Dies entspricht einem Plus

von 5 Prozent in den ersten fünf Monaten. Der US-Markt für Light Vehicles (Pkw und Light Trucks) wies im Mai ein leichtes Minus von 1 Prozent auf. Der bisherige Trend in den Segmenten setzte sich fort: Der Absatz von Light Trucks stieg um 6 Prozent, der von Pkw ging um 10 Prozent zurück. Von Januar bis Mai wurden in den USA insgesamt 6,9 Mio. Light Vehicles verkauft (-2 Prozent). Auf dem chinesischen Pkw-Markt wurden im Mai knapp 2 Prozent weniger Neufahrzeuge verkauft als im Vorjahresmonat. In den ersten fünf Monaten hingegen wuchs der Markt um rund 3 Prozent. Der indische Neuwagenmarkt konnte im Mai erneut zulegen: Mit einem Plus von fast 9 Prozent gegenüber Vorjahr. In Japan stiegen die Pkw-Neuzulassungen im Mai bereits zum dritten Mal in Folge zweistellig: Mit gut 13 Prozent. Der russische Light-Vehicle-Markt konnte im Mai mit 15 Prozent erneut zulegen. Der Light-Vehicle-Markt in Brasilien meldete sich im Mai eindrucksvoll zurück: Mit plus 17 Prozent.

Nach Erhebungen des **Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)** hat die deutsche Elektroindustrie 0,6 Prozent mehr Bestellungen im April 2017 erhalten als vor einem Jahr. Die Inlandsaufträge gaben um 2,9 Prozent nach, wohingegen die Auslandsaufträge um 3,5 Prozent anzogen. Kunden aus dem Euroraum orderten 5,4 Prozent mehr als im April des Vorjahres, und die Bestellungen aus Drittländern erhöhten sich um 2,5 Prozent. Gegenüber dem ersten Quartal hat sich das Expansionstempo damit merklich verlangsamt. Für die gesamten ersten vier Monate steht nunmehr ein Auftragsplus von 7,9 Prozent gegenüber Vorjahr in den Büchern. Hier legten die Bestellungen aus dem Inland (+7,7 Prozent) und aus dem Ausland (+7,9 Prozent) mehr oder weniger gleich stark zu. Die Aufträge aus der Eurozone stiegen zwischen Januar und April um 13,7 Prozent. Kunden aus Drittländern orderten 4,6 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die nominalen Erlöse der heimischen Elektrobranche blieben im April 1,4 Prozent unter dem Vorjahr. Der Inlandsumsatz ging um 6,0 Prozent zurück. Der Auslandsumsatz stieg dagegen um 2,7 Prozent. Im Geschäft mit Kunden aus dem Euroraum wurden im April 4,1 Prozent mehr Erlöse und mit solchen aus Drittländern 1,9 Prozent mehr. Kumuliert von Januar bis April 2017 fiel der Umsatz um 6,0 Prozent höher aus als vor einem Jahr. Inlands- und Auslandserlöse kletterten hier um 2,6 Prozent bzw. 8,9 Prozent. Mit Partnern aus dem Euroraum konnten in den ersten vier Monaten 6,8 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum Erlöse erzielt werden. Der Umsatz mit Drittländern lag um 10,2 Prozent höher. Nachdem das Geschäftsklima in der deutschen Elektroindustrie im Vormonat auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung gestiegen war, gab es im Mai nach, bleibt aber auf einem hohen Niveau. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die allgemeinen Geschäftserwartungen fielen im Mai etwas schwächer aus als im April.



Laut **Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)** machte sich die gute Industriekonjunktur auch in der Chemie bemerkbar. Die Nachfragedynamik zeigte nach oben. Dementsprechend konnte auch die globale Chemieproduktion weiter ausgeweitet werden. Das Plus betrug im ersten Quartal gegenüber Vorquartal 0,8 Prozent. Das Vorjahr wurde um 3,2 Prozent übertroffen. Insbesondere in Asien fiel die Dynamik in der Chemie- und Pharmaindustrie hoch aus. Erneut gab es beim Umsatz einen kräftigen Schub im Inlands- wie im Auslandsgeschäft. Die chemisch-pharmazeutische Industrie verzeichnete auch im April 2017 einen kräftigen Umsatzanstieg im Vergleich zum Vorjahr. Der Inlandsumsatz wuchs dabei etwas weniger stark als der Auslandsumsatz. Auch der Außenhandel blieb stark. Sowohl die Ein- als auch die Ausfuhren chemisch-pharmazeutischer Erzeugnisse entwickelten sich im April 2017 gegenüber Vorjahr positiv. Der Handel innerhalb der Chemiesparten verlief sehr unterschiedlich. Weniger importiert wurde nur im Bereich der Anorganika und Petrochemikalien. Der Export von Petrochemikalien konnte dagegen kräftig gesteigert werden. Aber auch die Ausfuhr von Polymeren legte ordentlich zu. Die Branche ist in sehr guter Laune. Die Chemie- und Pharmaunternehmen beurteilten die Geschäftslage im Juni 2017 sehr gut und erwarten für die kommenden Monate überwiegend eine Beibehaltung des momentan hohen Niveaus.

Gemäß Angaben des **Bundesverbands Druck und Medien e.V. (BVDM)** blieb das Geschäftsklima in der Druck- und Medienbranche im Mai 2017 auf dem Niveau des Vormonats. Der Indexstand von 106,7 Zählern steht somit erneut für eine gegenüber den Vorjahren gute Stimmung in der Branche. Das Plus von 1,0 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand stützt diese Wahrnehmung. Verantwortlich für das Stimmungshoch waren die optimistischeren Geschäftserwartungen, die zusammen mit der Geschäftslagebeurteilung in die Berechnung des Klimas eingehen. Gegenüber dem Vormonat stieg der Index der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate um 2,4 Prozent. Auch das Vorjahresniveau wurde um 2,9 Prozent übertroffen. Die Beurteilung der künftigen Geschäftslage wurde geprägt von der Einschätzung, bessere Verkaufspreise erzielen zu können und der Erwartung auf ein zunehmendes Auslandsgeschäft. Im Vergleich zum Vormonat ist der Index zur Beurteilung der aktuellen Geschäftslage allerdings um 2,8 Prozent gesunken. Mit dem Indexstand von 115,6 Zählern im Mai 2017 lag er auch gegenüber dem Vorjahr im Minus (-1,2 Prozent). Dies dürfte sich mit der ungünstigen Produktionsentwicklung im April und den zum Vorjahr unveränderten Auftragsbeständen im Mai begründen lassen. Dennoch ist die aktuelle Stimmung weiterhin auf einem hohen Niveau. Sie wird gestützt von der zu den Vormonatswerten vergleichsweise positiven Verkaufspreisentwicklung. Auch die halbjährliche Beurteilung der Ertragslage fiel in der Druckindustrie im Mai besser aus als in den vorherigen Befragungen.

Laut **Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB)** war das Bauhauptgewerbe mit einem guten Auftragspolster von knapp 35 Mrd. € (+23 Prozent gegenüber Vorjahr) in das Jahr gestartet. Bei insgesamt günstiger Witterung lief die Bautätigkeit zügig an. Dies führte zu gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Umsätzen. Gleichwohl blieb die Nachfrage hoch. So starteten die Bauunternehmen mit einem Auftragsbestand von gut 40 Mrd. € ins zweite Quartal (Differenz zum Vorjahr ca. +8 Mrd. €; entspricht +24 Prozent). Zum Jahresende 2016 hat das Statistische Bundesamt die Aufschätzung zur Konjunktorentwicklung für alle Betriebe im Bauhauptgewerbe (Umsatz, Arbeitsstunden, Beschäftigte) eingestellt. Bereitgestellt werden nur noch die Daten für Betriebe ab 20 Beschäftigten. Für diesen Meldebereich liegt der Umsatz per März um ca. 12 Prozent über dem Vorjahreswert. Dieser Wert erscheint allerdings überzeichnet. Zumindest liegt die Umsatzentwicklung nach dem ebenfalls vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Mixmodell für den Umsatz aller Betriebe, der bisher nur bis Februar vorliegt, deutlich unterhalb der Entwicklung der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten. (Das Statistische Bundesamt hat die Berichterstattung zum Konjunkturverlauf im Bauhauptgewerbe ab dem Berichtsmonat Januar 2017 auf ein „Mixmodell“ umgestellt. Im Mixmodell werden die Daten des Monatsberichts für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten um Verwaltungsdaten für die Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten ergänzt. Zu den Verwaltungsdaten gehören Umsatzdaten der Finanzverwaltung und Beschäftigendaten der Bundesagentur für Arbeit. Das Ergebnis dieses sogenannten Mixmodells entspricht dann praktisch einer Totalzählung. Die Ergebnisse für den Umsatz und die Beschäftigten in allen Betrieben werden vom Statistischen Bundesamt nur in Form von Messzahlen und Veränderungsdaten veröffentlicht).

Im Folgenden wird die Bewertung der Konjunktorentwicklung auf die verfügbaren Daten für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten abgestellt. Der Umsatz im Wohnungsbau verzeichnet weiter kontinuierliches Wachstum (+ 11 Prozent). Ein Auftragsbestand der zum Ende des ersten Quartals um 28 Prozent über dem Vorjahreswert liegt, lässt eine Fortsetzung der positiven Umsatzentwicklung erwarten. Die Umsatzprognose für 2017 im Bereich Wohnungsbau von +7 Prozent kann nach derzeitiger Datenlage gut erreicht werden. Der Umsatz im Wirtschaftsbau zeigte im ersten Quartal ebenfalls eine stabil positive Entwicklung mit einem Plus von ca. 11 Prozent. Die Umsatzprognose für 2017 im Bereich Wirtschaftsbau von +3 Prozent wird nach derzeitiger Datenlage mindestens erreicht. Die höchsten Zuwachsraten bei der Umsatzentwicklung verbucht der öffentliche Bau mit über 12 Prozent. Die Umsatzprognose für 2017 im Bereich öffentlicher Bau von +5 Prozent wird nach derzeitiger Datenlage mindestens erreicht.

Wie der **BDG - Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie** berichtet, haben sich mit den April-Daten die hohen Wachstumsraten des ersten Quartals wieder in normale Bahnen begeben. Der Osterferien-Effekt, eine deutliche Überzeichnung im März, ist ausgeglichen. Das betrifft allerdings auch das Geschäftsklima der Gießereien. Der Blick nach vorn hat dennoch seinen positiven Grundtenor in Form von Erholungstendenzen des Maschinenbaus behalten. Anders sieht es, auf hohem Niveau, beim Straßenfahrzeugbau aus. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres 2017 registrierten die *Eisengießereien* einen Auftragseingang, der 4 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums liegt. Die Hersteller von Komponenten aus duktilem Gusseisen verbuchten Orders in Höhe von knapp 5 Prozent über Vorjahresniveau. Bei den *Stahlgießereien* stieg der Bestelleingang um knapp 7 Prozent gegenüber den ersten vier Monaten 2016, bei unverändert hohen Schwankungen. Die Bestellungen aus dem Straßenfahrzeugbau lagen um 3 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Die Nachfrage aus dem Maschinenbau erreichte mit plus 7 Prozent ein Niveau, das sich über dem von Januar bis April 2016 bewegt. Die Bestellungen „Sonstiger Komponenten aus Eisen- und Stahlguss“ überschreiten das 2016er Niveau um 5 Prozent. Die Orderreserven lagen Ende April 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt auf 6 Prozent niedrigerem Niveau. Die Auftragspolster betragen 1,691 Mio. t. Hier gibt es allerdings oft deutliche Korrekturen des Bestandsniveaus. Auch bei den *NE-Metallgießereien* spiegelt sich der Osterferieneffekt wider. Die April-Daten signalisieren mit etwas geringeren Plusraten im Auftragseingang der *Aluminiumgießereien* die erwartete Beruhigung. Dennoch ist der Rückgang nicht dramatisch, da die Produktion auf sehr hohem Niveau eine Verschnaufpause unproblematisch verkraften kann. Die *Aluminiumgießereien* registrierten für den Januar bis April 2017 mit 6 Prozent noch ein deutliches Plus bei einem Orderniveau. Die *Magnesiumgießereien* meldeten auch einen guten Start mit einem Anstieg um 6 Prozent. Die Gießereien, welche *Kupferlegierungen* verarbeiten, verbuchten ein Auftragsplus von knapp 6 Prozent. Die Aufträge bei den Zinkgießereien stiegen um knapp 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Orderreserven lagen Ende April 2017 rechnerisch bei ca. 389 700 t. Die durchschnittliche kalkulatorische Reichweite der Auftragsbestände, gemessen an der durchschnittlichen Monatsproduktion 2017, blieb mit knapp 4 Monaten stabil.

#### **Ausblick:**

Wie erwartet konnte die heimische Industrie den Rückenwind über das erste Halbjahr nutzen. Auch der richtige Kurs um die Unwägbarkeiten des zweiten Halbjahres zu umschiffen zeichnet sich ab, sodass mit einem positiven Komplettjahr gerechnet wird. Der Branchenüberblick zeigt, dass die Schlüsselbranchen

des Landes mit Schwung ins neue Jahr hineingekommen sind und optimistisch in die Zukunft sehen. Hinzu kommen positive Signale aus dem Ausland.

Jedoch: Die politischen Rahmenbedingungen verbessern sich nicht. Sonderposten durch Energiewende, Mobilitätswende oder soziale Ausgleichsmaßnahmen werden weiterhin auf die Unternehmen abgewälzt. Langfristig werden die Konsequenzen nicht entwicklungsfördernd sein. Für Baden-Württemberg ist die anhaltende Diskussion um den Verbrennungsmotor von besonderer Brisanz; schließlich leben viele, gerade mittelständische Zulieferer, vom Verbrennungsmotor. Administrative Eingriffe wie Technologieverbote wären katastrophal für die baden-württembergische Industrie.

Angesichts der konjunkturellen Anzeichen geht der LVI für 2017 von einem zufriedenstellenden Wachstum aus. Bundesweit rechnen wir mit einem BIP-Wachstum von 1,5 Prozent. Stärker werden sich die Impulse aus dem Ausland auf Baden-Württemberg auswirken, daher rechnen wir im Land mit einem leicht darüberliegenden Wachstum von rund 1,7 Prozent.

## **BUNDESTAGSWAHL 2017: KERNBOTSCHAFTEN DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE**

*Der Standort Deutschland, und in noch etwas stärkerem Maße Baden-Württemberg, befindet sich gegenwärtig in einer günstigen Lage. Das konjunkturelle Umfeld stellt sich weiterhin positiv dar, um die Lage am Arbeitsmarkt werden wir nicht nur von den europäischen Nachbarn beneidet, und die öffentlichen Haushalte können in vielen Fällen Verbindlichkeiten abbauen und strukturelle Probleme angehen. Gleichzeitig darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die gute wirtschaftliche Lage seit geraumer Zeit von günstigen externen Bedingungen profitiert: schwacher Euro, moderater Ölpreis und expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank werden nicht zu Unrecht als "Doping" der Konjunktur betrachtet.*

*Umso wichtiger erscheint es, in den anhaltenden "guten Zeiten" – gerade auch angesichts globaler Risiken wie Ungewissheiten in der transatlantischen Partnerschaft oder anhaltenden Differenzen innerhalb der EU – industrie- und standortpolitische Weichen zu stellen, die der Industrie die Möglichkeit geben, auch in einem schwierigeren Umfeld nicht nur zu bestehen, sondern im internationalen Vergleich weiterhin voranzugehen.*

*Der LVI hat aus den vom BDI vor der Bundestagswahl erarbeiteten Handlungsempfehlungen einige Aspekte herausgegriffen und erwartet von der künftigen Bundesregierung konkrete Konzepte insbesondere zu den Kernthemen der Industrie, um die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland/Baden-Württemberg beizubehalten und zu fördern.*

### **Digitalisierung: Infrastruktur, Rechtsrahmen, Wettbewerbsfähigkeit**

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern, müssen **konvergente, gigabitfähige Infrastrukturen** flächendeckend bedarfsgerecht verfügbar sein. Viele Anwendungen für Industrie 4.0, Smart Health oder Smart Mobility sind auf hohe Zuverlässigkeit und hohe Qualität (Datenraten bis in den Gigabit-Bereich, niedrige Latenzzeiten, minimales Jitter, ...) angewiesen. Im Festnetz werden Glasfaser- sowie entsprechend leistungsfähige Anschlüsse Elemente dieses „**Gigabit-Technologiemixes**“ sein. Im Mobilfunk werden große Hoffnungen in die Netze der 5. Generation (5G) gesetzt. **5G** schafft das „Netz der Netze“, indem es

Festnetz und Mobilfunk sowie Infrastruktur verschiedener Anbieter integriert. Dadurch können nahtlose Konnektivität – insbesondere in der Fläche – und die flexible Bereitstellung unterschiedlicher Qualitätsparameter gewährleistet werden.

Umso besorgniserregender ist es, dass Deutschland bei der **durchschnittlichen Verbindungsgeschwindigkeit** im internationalen Vergleich lediglich einen Platz im Mittelfeld belegt, und auch Baden-Württemberg, das bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen möchte, hat noch einen weiten Weg vor sich, wenn man zum Beispiel auf Spitzenreiter Südkorea schaut. Ebenfalls beunruhigend ist, dass die Breitbandversorgung im ländlichen Raum deutlich hinterherhinkt. Bundesweit verfügte Ende 2015 weniger als ein Drittel der Unternehmen auf dem Land über 50 Megabit pro Sekunde – gerade Baden-Württemberg mit seiner dezentralen mittelständischen Struktur muss hier ein großes Interesse an Verbesserungen haben.

Auch abseits der technischen Infrastruktur ist es essenziell, der Industrie Rahmenbedingungen zu bieten, um unser Potenzial digitaler Innovationen optimal zu nutzen: Ein **digitaler Binnenmarkt** ist unerlässlich, gerade für digitale Geschäftsmodelle und Plattformen. Auf diesem Markt ist ein einheitlicher Rechtsrahmen für Unternehmen wesentlich. Die Regulierung muss einheitlich auf europäischer Ebene erfolgen, nationale Alleingänge sind kontraproduktiv. Das EU-Datenschutzrecht droht, durch unterschiedliche Umsetzungen in den Mitgliedstaaten zu zerfasern. Leider ist der Weg vom regulatorischen Flickenteppich der 28 EU-Mitgliedstaaten hin zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts noch weit.

## **Forschungs- und Entwicklungsstandort stärken**

**Anreize für Forschung und Entwicklung** (FuE) sind der Schlüssel für dauerhaften Innovationserfolg. Digitalisierung und Globalisierung lassen den Innovationsdruck erheblich ansteigen. Besonders Baden-Württemberg als eines der führenden Innovationszentren Europas ist damit auf steigende – private und öffentliche – FuE-Investitionen in Infrastrukturen und zukunftsweisende Innovationsfelder angewiesen.

Der LVI fordert daher eine Ergänzung der FuE-Projektförderung. Es fließen nach wie vor deutlich zu wenig FuE-Bundesmittel in die Förderung der Unternehmen. Seit dem Jahr 1991 ist sogar eine Reduzierung der staatlichen Mittel an der von den Unternehmen selbst durchgeführten FuE zu verzeichnen. Dieser Trend muss gestoppt werden. Es wird Zeit für die Einführung einer **steuerlichen FuE-**

**Förderung** in Form einer Steuergutschrift zusätzlich zur bestehenden FuE-Projektförderung. Dieses Instrument wird europa- und weltweit von nahezu allen Staaten erfolgreich genutzt und von OECD und Europäischer Kommission sogar empfohlen. Im Gegensatz zu steuerlichen FuE-Förderungen unterliegen alle anderen (existierenden) FuE-Förderprojekte der strengen beihilferechtlichen Kontrolle der EU-Kommission. Der aktuelle Wettbewerbsnachteil zu Lasten deutscher Unternehmen und steuerliche Hemmnisse für den Standort Deutschland müssen daher dringend beseitigt werden. Dies sollte insbesondere durch die Einführung einer volumenbasierten Steuergutschrift für FuE-Aufwendungen erreicht werden. Gerade der Mittelstand in Baden-Württemberg würde davon profitieren. Eine steuerliche Forschungsförderung in Höhe von zehn Prozent führt zu einer Ausweitung der FuE-Tätigkeit der Unternehmen um etwa 14 Prozent. Langfristig sind zusätzliche Steuer Mehreinnahmen sogar höher als kurzfristige fiskalische Kosten (Ergebnis der BDI/ZVEI 360-Grad-Studie).

### **Hightech-Industrie schützen**

Eine der technologisch führenden und forschungsintensiven Industrien in Deutschland und Baden-Württemberg findet sich im Bereich Verteidigung & Sicherheit. Der **Erhalt von nationalen Schlüsseltechnologien und Kernfähigkeiten** sichert Deutschlands technologische Unabhängigkeit und strategische Handlungsfähigkeit in Sicherheitsfragen. Nur technologische Souveränität ermöglicht den Einsatz modernster Mittel und Techniken und sichert ein Verhältnis auf Augenhöhe mit Bündnispartnern.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die notwendigen europäischen Standards durch mehr **EU-Kooperationsprojekte im Bereich Sicherheit und Verteidigung** fortentwickeln. Dies bringt zugleich Effizienzgewinne und Einsparungen. Maßgeblich für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik ist die Harmonisierung der nationalen Rüstungsexportregelungen der EU-Mitglieder – und dies auf möglichst hohem Niveau. Die speziellen deutschen Bestimmungen für Rüstungsexporte stehen einer engeren europäischen Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik oft im Weg. Europäische Regierungen sollten sich nicht gegenseitig daran hindern, gemeinsam entwickelte oder gefertigte Rüstungsgüter auszuführen. Gerade jetzt brauchen wir wieder mehr Kooperationsprojekte mit unseren europäischen Nachbarn. Deutschland sollte Schlüsseltechnologien und –kompetenzen erhalten. Die Bestellungen der Bundeswehr reichen dafür nicht aus. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist auf den Export ihrer Produkte angewiesen.

## **Antriebstechnologien, Mobilitätskonzepte, Infrastruktur, Logistik**

Angesichts einer weiter **steigenden Transportnachfrage für Güter** und stetig wachsender Mobilitätsbedürfnisse der Menschen muss es gelingen, **Mobilität nachhaltig und emissionsarm zu gestalten**. Die deutsche und nicht zuletzt die baden-württembergische Industrie arbeitet daran, klassische Antriebe und Kraftstoffe weiter zu optimieren und schrittweise durch CO<sub>2</sub>-arme – später CO<sub>2</sub>-freie – Energieträger zu ergänzen. Sie forciert die Elektrifizierung des Antriebsstrangs, forscht an alternativen Antrieben sowie flüssigen und gasförmigen Kraftstoffen. Die Klimaziele für 2030 sind indes nur mit **Brückentechnologien wie Diesel, Hybrid, nachhaltigen Biokraftstoffen und Erdgas** erreichbar, Technologieverbote liefern pragmatischen Ansätzen komplett zuwider. Kurzfristig sind deutliche CO<sub>2</sub>-Emissionen möglich, wenn Industrie, Nutzer und Politik an einem Strang ziehen: Die Industrie optimiert die Fahrzeuge und entwickelt neue Geschäftsmodelle, die Kunden investieren in neue Fahrzeuge, Fahrertraining und Tourenplanung und die Politik flankiert z. B. mit **verbesselter Infrastruktur oder Anreizen zur Flottenerneuerung**.

Unser Standort ist auf **zuverlässige und effiziente Logistikketten** angewiesen. Die Digitalisierung der industriellen Produktion beschleunigt die Prozesse zusätzlich. Um diesen Wandel erfolgreich zu gestalten, brauchen wir die Unterstützung der politischen Entscheidungsträger aller Ebenen. Ziel künftiger Regulierung muss es sein, eine **technologieoffene Balance zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen** zu finden.

Logistik funktioniert am besten auf **hochwertigen und effizient genutzten Infrastrukturen**. Zur Effizienz tragen nicht zuletzt die Transportgefäße bei: Zwei Lang-Lkw ersetzen drei konventionelle Lkw und erreichen zudem rund 25 Prozent Kraftstoff- und CO<sub>2</sub>-Reduktionen sowie durch die höhere Achszahl eine geringere Beanspruchung der Straßeninfrastruktur – ohne Risiken für die Verkehrssicherheit. Im Schienengüterverkehr ist die Zuglänge ein zentraler Hebel zur Steigerung der Effizienz, die in einem ersten Schritt mit dem 740-m-Netz verbessert werden kann. Hinsichtlich der benötigten hochwertigen Infrastrukturen ist festzuhalten, dass beispielsweise rund 50 Prozent der Brücken an Bundesfernstraßen mit maximal „ausreichend“ bewertet werden, der **Nachholbedarf bei der baden-württembergischen Straßeninfrastruktur** ist sowohl in puncto Sanierung als auch in Sachen Neu- und Ausbau enorm. Umso wichtiger ist es, dass die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes auf hohem Niveau verstetigt werden und dass die anstehenden Veränderungen in der Straßenbauverwaltung zügig und hochprofessionell geplant und umgesetzt werden.



## Energie-/Klimapolitik

Die Energiewende bleibt eine umfassende gesellschaftspolitische Herausforderung, die einer ehrlichen und transparenten Betrachtung bedarf, um sie erfolgreich umzusetzen. Dies gilt auch hinsichtlich der – u.a. wirtschaftlichen – Folgewirkungen politischen Handels. Hierzu gehört etwa die aktuelle **EEG-Finanzierung** über eine Umlage auf den Strompreis, die bei vielen Unternehmen zu sehr hohen finanziellen Belastungen führt. Die EEG-Umlage ist mit 6,88 Cent/kWh für 2017 auf einem historischem Höchststand. Sie liegt pro kWh bereits deutlich über dem Börsenstrompreis (ca. 3,5 Cent/kWh, Stand: 21.3.2017) und wird in den nächsten Jahren absehbar weiter wachsen. Die jährlich über eine Strompreislage finanzierte Gesamtbelastung beträgt 24,2 Mrd. Euro; davon trägt allein die Industrie 6,7 Mrd. Euro. Rund 96 Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland zahlen die EEG-Umlage in voller Höhe. Ihre Wettbewerber im Ausland bleiben von dieser milliardenschweren Belastung verschont. Hinzu kommen steigende Systemkosten, die u. a. zu einem Anstieg der Netzentgelte führen. Die Kosten für die **Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen** (d. h. Redispatch [Eingriffe in die Erzeugungsleistungen von Kraftwerken, um Leitungsabschnitte vor einer Überlastung zu schützen], Netzreserve und Einspeisemanagement) stiegen im Jahr 2015 auf den (damaligen) Rekordwert von über 1 Mrd. Euro, nach Einschätzung der Bundesnetzagentur werden sie bei unveränderter Kostenstruktur im Jahr 2023 auf über 4 Mrd. Euro steigen. In diesem Zusammenhang sind auch steigende Netzkosten wegen der notwendigen nachhaltigen Integration der erneuerbaren Energien und der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität zu sehen.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industriestrompreise leidet darunter, dass in Deutschland mit Abstand die höchsten **politischen Sonderlasten** auf Industriestrom bestehen: gemäß Angaben des BDEW und Eurostat sind rund 46 Prozent des Strompreises Steuern, Abgaben und Umlagen, im Durchschnitt der EU-28 sind dies nur 28 Prozent.

Die hohen Strom-/Energiekosten sind nicht nur für die **Wettbewerbsfähigkeit**, sondern auch für die Energiewende schädlich, da Strom damit zu teuer ist für die gewünschte Nutzung im Verkehr und in Gebäuden („**Sektorkopplung**“). Aus diesen Gründen muss das Umlagemodell nach der Bundestagswahl geändert und die EEG-Finanzierung grundlegend reformiert werden.

Hinzu kommt, dass ohne einen zügigen **Netzausbau** die Energiewende nicht zu bewältigen ist, um Windstrom vom Norden Deutschlands in die Lastzentren im Süden zu transportieren. Dies gilt insbesondere – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke bis 2022 – für Baden-

Württemberg und die dafür relevanten Trassen SuedLink und Ultranet. Gerade beim SuedLink hat sich das in Baden-Württemberg durchgeführte Dialogverfahren bewährt. Umso wichtiger ist es aus hiesiger Sicht, dass der mittlerweile angepasste Zeit- und Kostenrahmen für den Bau dieser Trassen eingehalten wird.

Bei der Gestaltung eines zukünftigen Marktdesigns ist es aus ordnungspolitischer Sicht wichtig, dass Wettbewerb vor Regulierung geht. Die Transformation im Energiesektor bedarf zudem eines iterativen und evolutionären Prozesses, mit der damit verbundenen notwendigen Behutsamkeit und Flexibilität. Dies kann nur im engen Schulterschluss von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen gelingen.

Zudem müssen Zielkonflikte und Doppelregulierungen vermieden werden. Dies gilt auch hinsichtlich der **Verzahnung der europäischen Energie- und Klimapolitik**. Die Möglichkeit eines Ausstiegs der USA aus internationalen Klimaabkommen (Paris) sowie die Folgen des Brexit für den europäischen Emissionshandel haben erhebliches Potenzial, sich negativ auf die internationale Klimapolitik auszuwirken. Die EU muss in der Energie- und Klimapolitik auf diese Entwicklungen reagieren. Dabei wäre es falsch, den Klimakurs zu verschärfen und beim EU-Emissionshandel die Schrauben weiter einseitig anzuziehen. Dies würde gerade die deutschen Unternehmen mit ihren geschlossenen und oft länderübergreifenden Wertschöpfungsketten gefährden. Der deutsche Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen beträgt gerade einmal zwei Prozent. Zentral ist eine in sich stimmige und schlüssige Klima- und Energiepolitik. Sonst bleiben Investitionen in effiziente Technologien und damit Wachstum in Deutschland und der EU aus. Politische Vorgaben müssen berechenbarer, nationale und europäische Instrumente besser aufeinander abgestimmt werden. Der EU-Emissionshandel (ETS), der Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienzsteigerungen müssen eine energie- und klimapolitische Einheit bilden. Die Reform des Emissionshandels muss Vertrauen von Investoren in einen zuverlässig funktionierenden Markt aufbauen. Keineswegs dürfen einseitige Belastungen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen. Klimaschutz muss bezahlbar bleiben.

### **Euro-Zone durch Europäischen Währungsfonds stärken**

Der **Europäische Gedanke** als Garant für Frieden, Wohlstand und Arbeitsplätze muss weiter gefördert werden. Hierzu gehört, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion als Kernelement des Europäischen Gedankens institutionell zu stärken. Nur durch die Erhöhung der **Widerstandsfähigkeit der Währungsunion** gegenüber Schocks und die Stärkung der Mechanismen zur Prävention und

Bewältigung von Finanzkrisen im privaten und öffentlichen Sektor kann dies gelingen.

Um ein besseres Krisenmanagement zu etablieren, fordert der LVI, eine vollständige **Europäische Bankenunion** zu schaffen sowie den **Europäischen Stabilitätsmechanismus** und seine Handlungsmöglichkeiten zu stärken. Dazu sollte ein **Europäischer Währungsfonds** geschaffen werden. Im Zuge dieser Schaffung sollten zudem die Aufgaben- und Kompetenzabgrenzung des Europäischen Währungsfonds, der europäischen Institutionen, der Gremien der Bankenunion und der Europäischen Zentralbank geregelt werden. Um eine solche funktionierende und tiefer integrierte Fiskalunion im Euroraum zu schaffen, sind darüber hinaus weitere Schritte, wie beispielsweise die Überführung des Fiskalvertrags in die Verträge, die Stärkung der wirtschaftspolitischen Überwachung sowie die ordnungspolitisch klare Aufgabenzuweisung für diese finanz- und bankpolitischen Kompetenzen der EU und ihrer Institutionen von Nöten.

### **Globalisierung auf Grundlage unserer Werte und Standards durch EU-Freihandelsabkommen gestalten**

Baden-Württemberg ist wie kein zweites Bundesland in Deutschland vom Export und den guten Handelsbeziehungen mit dem Ausland abhängig. Die zunehmend vernetzte Weltwirtschaft braucht daher **verlässliche Regelungen für globale Handels- und Investitionsströme**. Mit Freihandelsabkommen ist es möglich, ambitionierte und moderne Handelsregeln zu schaffen, die mit ihren maßgeschneiderten Lösungen daher das multilaterale Handelssystem der WTO ergänzen. Die EU ist bereits an 38 Freihandelsabkommen beteiligt und verhandelt aktuell gut ein Dutzend weitere. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren werden circa 90 Prozent des globalen Wirtschaftswachstums außerhalb der europäischen Union generiert.

Mit dem **Ausbau des Freihandels** können wir zugleich dem wachsenden Protektionismus stabile internationale Partnerschaften entgegensetzen und europäische Werte und Standards in die Gestaltung der Globalisierung mit einbringen.

Nicht zu vergessen ist zudem die ausgesprochen wichtige Rolle **globaler Wertschöpfungsketten** in der industriellen Produktion, in der kleine und mittlere Unternehmen als Zulieferer großer Unternehmen und OEMs eingebunden sind. Im Gegensatz zu großen Unternehmen können sich insbesondere **kleine und mittlere Unternehmen** häufig den bürokratischen Aufwand und die administrativen

Kosten, die durch unterschiedliche Regelungen und Standards entstehen, **nicht leisten**. Dies betrifft die in Baden-Württemberg besonders mittelständisch geprägte Industrie in besonders hohem Maße. Sie ist auf eine möglichst **freie Gestaltung** ihrer Wertschöpfungsketten und einen **Zugang** zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten in den Zielländern angewiesen.

### **Unternehmensteuerreform – Standortwettbewerb annehmen, überfällige Strukturreformen forcieren**

Steuerpolitik ist Standortpolitik. Deutschland muss sich dem **internationalen Wettbewerb der Standorte** stellen – hierfür ist ein Umdenken erforderlich. Seit der Steuerreform 2008 gab es keine nennenswerten Entlastungen für Unternehmen oder strukturelle Verbesserungen bzw. Anpassungen, stattdessen zahlreiche Mehrbelastungen, bspw. infolge der erhöhten Gewerbesteuerhebesätze. Erneute Diskussionen über eine insbesondere den Mittelstand belastende Vermögensteuer passen ins Bild. Zudem müssen hiesige Unternehmen mit einer internationalen Ausrichtung rund 20 Prozent höhere Steuerbelastungen tragen als rein national tätige. In diesem Umfeld bedarf es umso dringender einer **Unternehmensteuerreform**, die durch grundlegende strukturelle Verbesserungen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhöht. Zugleich muss das Steuerrecht die **Herausforderungen der Digitalisierung** annehmen sowie Forschung und Entwicklung fördern. Die künftige Bundesregierung muss den Vorschlag, eine Unternehmensteuerreform auf den Weg zu bringen, konsequent umsetzen.

Die Steuerentwicklung der letzten Jahre und auch die jüngste Steuerschätzung haben insbesondere eines gezeigt: **Deutschland hat kein Einnahmenproblem**. Der kommenden Bundesregierung stehen in der nächsten Legislaturperiode über 100 Mrd. Euro steuerliche Mehreinnahmen zur Verfügung, der gesamten öffentlichen Hand sogar rund 240 Mrd. Euro. Die Mehreinnahmen bieten den Spielraum, um neben der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung auch die Unternehmensteuer zu reformieren und dadurch Wettbewerbsnachteile für in Deutschland ansässige Unternehmen bei einem wachsenden internationalen Wettbewerb zu vermeiden.

Viele dieser Empfehlungen finden sich in ausführlicherer Form in den [BDI-Handlungsempfehlungen zur 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages: Für eine starke Industrie, die auch morgen Zukunft gestaltet](#)

HERAUSGEGEBEN VOM LANDESVERBAND DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE E.V.  
GERHARD-KOCH-STRASSE 2-4 · 73760 OSTFILDERN · TELEFON: 0711 - 32 73 25 0 · TELEFAX: 0711 - 32 73 25 69  
WWW.LVI.DE · INFO@LVI.DE

